



Polen - Pressespiegel 31/2025 vom 31.07.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Minister für „harte Entscheidungen“. Was die Justiz unter Waldemar Żurek erwartet*
- *Ihr müsst glauben, dass sie keine Volksdeutsche waren. Die Autoren sprechen über die Ausstellung „Unsere Jungs“*
- *„Nationalistischer Eifer der Rechten“. Historiker schreiben Brief zur Verteidigung der Ausstellung „Unsere Jungs“*
- *Lasst uns nicht rassistisch sein, lasst uns Zeugnis ablegen von Ehrlichkeit und Menschlichkeit*
- *Integration von Migranten ist zunehmend notwendig*
- *Machen Sie sich eine Partei*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Minister für „harte Entscheidungen“. Was die Justiz unter Waldemar Żurek erwartet



Quelle: wyborcza.pl

Von **Łukasz Woźnicki**

Waldemar Żurek wird neuer Justizminister und Generalstaatsanwalt und löst damit Adam Bodnar auf diesem Posten ab. Er wird das Amt des Richters aufgeben und einen „Plan B“ für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit finden müssen. Der Premierminister erwartet von ihm, dass er „harte Entscheidungen“ trifft.

„Heute gibt es neue Leute, die mit mir zusammenarbeiten. Die symbolische Kandidatur für den neuen Minister ist gewissermaßen die des Richters Waldemar Żurek“, sagte Donald Tusk bei der Bekanntgabe der neuen Zusammensetzung der Regierung. Nach dem Umbau soll sie von 26 auf 21 Minister schrumpfen, wobei die Entlassung des ehemaligen Justizministers Adam Bodnar die bedeutendste Änderung darstellt.

Die neuen Minister sollen am Donnerstag ernannt werden und die erste Sitzung der neuen Regierung wird am Freitag stattfinden. Für Żurek bedeutet dies, dass er sich vom Richteramt verabschieden muss. Er wird nicht der erste Richter sein, der Justizminister wird. Richterin Barbara Piwnik, Justizministerin in der Regierung von Leszek Miller, ging 2001 einen ähnlichen Weg. Wie Piwnik vor Jahren wird nun auch Żurek seine Robe und die Kette ablegen müssen. „Ein Richter, der mit der Wahrnehmung von Aufgaben in staatlichen Organen betraut wurde, ist verpflichtet, sein Amt unverzüglich niederzulegen“, heißt es in der Verordnung.

Für Żurek könnte es eine Reise ohne Wiederkehr werden. Theoretisch hat er die Möglichkeit, an das Gericht zurückzukehren, doch dazu sind eine Stellungnahme des Obersten Gerichtshofs und eine Entscheidung des Präsidenten erforderlich. Piwnik wurde weniger als zwei Monate nach ihrer Entlassung aus dem Ministeramt wieder ernannt. Im Fall von Żurek könnte es schwieriger werden – der Präsident für die nächsten fünf Jahre wird Karol Nawrocki sein und es ist unklar, was den derzeit politisierten Landesrat für Gerichtswesen erwartet. Dennoch, so Tusk, habe keiner der Ministerkandidaten mehr als eine Minute darüber nachgedacht.

Die erneuerte Regierung mit Żurek an der Spitze soll, wie Tusk es ausdrückte, „die Ordnung wiederherstellen“. „Es gibt keinen Platz und keine Zeit für solch leichte, anekdotische Politik“, sagte er und kündigte an, dass die Ernennungen „in der Praxis zu harten Entscheidungen führen werden“. „Auch wenn bisher nicht jeder das Gefühl hatte, dass wir stark genug, entschlossen genug, mutig genug, räuberisch genug sind, sollte niemand denken, dass die Koalition die Wiederherstellung der Ordnung in der polnischen Politik der Gerechtigkeit, der Rechenschaftspflicht gegenüber den früheren Behörden und der Durchsetzung des Rechts aufgegeben hat. Es wird keine heiligen Kühe geben“, betonte er. Dies kündigt eine intensivere Verfolgung von Rechtsverstößen unter der Regierung der PiS an. Die Staatsanwaltschaft wiederum wird von einem Richter geleitet, der selbst Opfer dieser Verstöße war. Wie Tusk sagte, hat er damals „Heldentum“ gezeigt. „Wer das Gesetz gebrochen hat, muss dafür geradestehen. Wer Gerechtigkeit sucht, muss sie auch finden“, kommentierte Richter Bartłomiej Przymusiński, Präsident der Vereinigung Iustitia, die Entscheidung des Ministerpräsidenten. „Aufgeschobene Gerechtigkeit ist Ungerechtigkeit. An diese Wahrheiten möge sich der neue Justizminister Waldemar Żurek erinnern. Die Veränderungen, auf die viele Menschen warten, müssen sich beschleunigen. Viel Glück!“, fügte er hinzu.

„Mehr, weiter, stärker, schneller“

Żurek ist seit 2005 Richter am Bezirksgericht Krakau. Vor Jahren war er auch Mitglied und Sprecher des Landesrats für Gerichtswesen – bevor dieser Rat von der PiS politisiert wurde und er sein Amt vor Ablauf der verfassungsmäßigen Amtszeit verlor. Unter der PiS-Herrschaft war er einer der bekanntesten Richter, die sich für die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit einsetzten. Und einer der am meisten unterdrückten. Die zahlreichen Schikanen, die ihm von den Institutionen des PiS-Staates auferlegt wurden, wurden vom Straßburger Gerichtshof als Versuch gewertet, einen Richter einzuschüchtern, der sich für den Rechtsstaat einsetzt.

Bodnar selbst nannte ihn „eine Schlüsselfigur im Kampf für die Rechtsstaatlichkeit in Polen“. „Er ist ein Mann mit einem außergewöhnlichen Sinn für Konsequenz und Prinzipientreue. Er sagt immer das Gleiche – er verteidigt die Unabhängigkeit der Justiz“, sagte Bodnar, als der Richter 2022 mit dem Professor-Zbigniew-Hołda-Preis ausgezeichnet wurde. Bodnar hielt daraufhin eine Laudatio auf Żurek und dankte ihm für seine Verdienste. „Natürlich ist dieser Dienst noch nicht beendet, denn die Aufgabe, die Dinge in Ordnung zu bringen, liegt noch vor uns“, sagte er.

Und jetzt soll Żurek ‚reparieren‘, was Bodnar hinterlassen hat.

Er ist Mitglied der Vereinigung Themis, die sich für die Unabhängigkeit der Justiz einsetzt. Nach dem Machtwechsel wurde er stellvertretender Direktor der Nationalen Schule für Justiz und Staatsanwaltschaft, die dem Justizminister unterstellt ist und in der künftige Richter und Staatsanwälte ausgebildet werden. Vor einigen Monaten verklagte er den Staat wegen der Repressionen, denen er unter der PiS ausgesetzt war, und forderte eine Entschädigung in Höhe von 1 Million PLN. Der Beklagte ist das Finanzministerium, vertreten durch mehrere Stellen, darunter der Justizminister.

Er wird ein Ministerium leiten, das nach dem Sieg von Karol Nawrocki gerade nach einem „Plan B“ sucht - obwohl bereits klar ist, dass der neue Präsident die Reformen, die Rafał Trzaskowski unterzeichnen wollte, nicht unterzeichnen wird. „Wenn dies DIESER Plan ist, habe ich keine Fragen mehr und wünsche allen eine gute Zeit“, schrieb der Neo-Richter des Obersten Gerichtshofs Marcin Łochowski in X über Żurek und sagte voraus, dass es nun „mehr, weiter, stärker, schneller“ geben werde.

Wie kann die Rechtsstaatlichkeit ohne Präsident wiederhergestellt werden?

„Es gibt Momente in der Geschichte eines jeden Landes, in denen es notwendig ist, sich nach Ereignissen, die oft die politische Szene erschüttern, zu sammeln, fest auf dem Boden zu stehen und mit neuem

Schwung an die Arbeit zu gehen“, sagte Tusk und bezog sich dabei auf den Sieg von Nawrocki. „Es ist nichts passiert, was eines der großen Ziele, die wir uns gesetzt haben, als wir einen grundlegenden Wandel in Polen herbeiführten, ungültig machen würde“, fügte er hinzu. „Wir müssen uns alle darüber im Klaren sein, unter welchen schwierigen Bedingungen wir die Arbeit mit dem neuen Kabinett aufnehmen werden. Hier ist kein Platz mehr für Illusionen oder Selbsttäuschungen“, erklärte er.

Von Żurek als Minister ist ein härterer Kurs als der von Bodnar eingeschlagene zu erwarten. Żurek gehörte kürzlich zu einer Gruppe von Richtern, die den Minister für seine ihrer Meinung nach unzureichenden Maßnahmen zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit kritisierten. Er forderte unter anderem, dass Richter, die der PiS geholfen haben, die Unabhängigkeit der Gerichte einzuschränken, zur Rechenschaft gezogen werden. So genannte Neo-Richter erkennt er nicht als Richter an, da sie nicht durch die richterliche Immunität geschützt sind und daher leicht strafrechtlich belangt werden können. Er ist der Ansicht, dass die Rechtsstaatlichkeit auch ohne Gesetzesänderungen, die die Unterschrift des Präsidenten erfordern, wiederhergestellt werden kann.

„Ich hatte den Eindruck, dass wir der prodemokratischen Seite, die die Wahlen gewonnen hat, genug Zeit gegeben haben, um systemische Lösungen zu finden, auch solche, die keine gesetzlichen Änderungen erfordern. Wir würden sie gerne sehen“, sagte er vor einigen Monaten der „Wyborcza“. Solche Lösungen wurden von Justizorganisationen schon lange von Bodnar gefordert. Bodnar bestand auf schrittweisen Änderungen - mit Gesetzen, die jedoch nicht von Andrzej Duda unterzeichnet wurden oder auf deren Unterzeichnung durch Karol Nawrocki keine Aussicht besteht.

Bodnar und „verbitterte Richter“

„Man soll nicht, endlos beraten und sich hinter der Angst vor dem Veto zu verstecken. Es müssen Entscheidungen getroffen werden. Nicht für die Richter oder Staatsanwälte, sondern für die Bürger“, sagte Richter Bartłomiej Przymusiński, Präsident der Vereinigung Iustitia, vor einigen Tagen in einem Interview mit Newsweek. Seiner Meinung nach hätte der Staat schon längst „volle Entschlossenheit“ zeigen müssen, z. B. den Betrieb des illegalen Landesrats für Gerichtswesen beenden. „Die wichtigste Aufgabe von Minister Bodnar ist es, die Justiz wieder in verfassungs- und europarechtskonforme Bahnen zu lenken. Das hat er den Polen versprochen. Und in Wirklichkeit hat er sehr wenig getan“, meint Przymusiński.

„Es ist bei der Justiz so, dass, egal was ich tue, aus irgendeinem Grund werden sie verbittert sein. Das ist eine ständige Melodie (...) trotz allem, was getan wurde und dem Wandel, der dennoch in der Justiz stattgefunden hat“, antwortete Bodnar auf diese Art von Kritik auf TOK FM.

„Im Ministerium haben wir versucht, alles zu tun, was im Rahmen des geltenden Rechts möglich ist“, sagte er vorhin, als er eine Bilanz des ersten Jahres des „Wiederaufbaus der Rechtsstaatlichkeit“ zog. Er räumte ein, dass Veränderungen in Teilen der Institutionen bisher nicht erfolgreich sein konnten, weil es immer noch Hindernisse gibt. Das Haupthindernis sei die mangelnde Unterstützung der Reformen durch Präsident Andrzej Duda.

Bodnar gelang es zum Beispiel, personelle Veränderungen an den Gerichten vorzunehmen - er entließ fast hundert Präsidenten und ernannte neue, nachdem er sich mit der Selbstverwaltung der Richter beraten hatte. Es gelang ihm, ungerechtfertigte Disziplinarverfahren gegen Richter zu beenden. Sein Verdienst ist der Beitritt Polens zur Europäischen Staatsanwaltschaft und die Freigabe von EU-Geldern, die nach dem Angriff der PiS auf die Rechtsstaatlichkeit eingefroren worden waren. Das Ministerium gab kürzlich bekannt, dass es in den letzten 1,5 Jahren 50 Gesetzesentwürfe ausgearbeitet oder koordiniert hat.

„Bei der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit kann ich vorsichtig schätzen, dass wir mehr oder weniger auf halbem Wege sind“, schätzte Bodnar selbst in seiner Erklärung im X-Dienst ein. Als Erfolg wertet er unter anderem die eingeleiteten Veränderungen, um die Gerichte schneller und effizienter zu machen, darunter Projekte zur Digitalisierung der Justiz. „Hunderte von neuen Assistenten sind an den Gerichten eingestellt worden. In Dutzenden von Fällen wurde den Richtern die Last der ungerechtfertigten Disziplinarverfahren abgenommen. In mehr als 100 Gerichten in Polen waren es die Richter und nicht der Minister, die entscheidenden Einfluss auf die Besetzung der Gerichtspräsidenten hatten“, zählte er auf.

„Letztlich seien aber gesetzliche Änderungen notwendig, ohne die eine nachhaltige Verbesserung der Situation nur schwer vorstellbar sei“, stellte er fest. „Nur Gesetze, die zu funktionierendem Recht werden, haben eine Chance, in Gang zu kommen. Sie müssen vom Parlament verabschiedet und – was ebenso wichtig ist – vom Präsidenten unterzeichnet werden“, betonte er. Bodnar ist sich bewusst, dass „viele

Menschen den Fortschritt der Abrechnungen als zu langsam einschätzen“. „Ich akzeptiere diese Einschätzungen mit Bescheidenheit. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass die Rechtsstaatlichkeit auf Verfahrensgerechtigkeit beruht“, so Bodnar.

„Vor mehr als einem Jahr habe ich Richter Waldemar Żurek zum stellvertretenden Direktor des KSSiP ernannt. Daher ist es für mich selbstverständlich, dass wir weiterhin zusammenarbeiten werden, wenn auch in einer anderen Funktion“, fügte er hinzu und kündigte an, dass der neue Minister mit seiner vollen Unterstützung rechnen könne. „Das werde auch im Bereich der Staatsanwaltschaft nicht anders sein“, betonte er und fügte hinzu, dass insbesondere die von der Koalition angekündigte Trennung der Funktionen des Justizministers und des Generalstaatsanwalts entscheidend sein werde. Wie er ankündigte, will er sich nun selbst auf seine Rolle als Senator konzentrieren.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,32121687,minister-od-twardych-decyzji-co-czeka-wymiar-sprawiedliwosci.html#s=S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>



**SELBSTVERSTÄNDLICH IST UNSERE REDAKTION
AN DIESEM THEMA INTERESSIERT.
WENN SIE IHREN SCHWAGER UND IHRE SCHWIEGERMUTTER
UMBRINGEN, WERDEN WIR KOMMEN UND ES FILMEN.**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Ihr müsst glauben, dass sie keine Volksdeutsche waren. Die Autoren sprechen über die Ausstellung „Unsere Jungs“



Quelle: oko.press

„Wir sprechen von fast einer halben Million Menschen, das ist die gleiche Anzahl von [polnischen] Soldaten wie auf alliierter Seite. Das sind Menschen, die aus der ehemaligen Zweiten Republik in die Wehrmacht eingezogen wurden. Für sie war der Eintritt in die deutsche Armee ein Drama. Und die Nationalpatrioten von heute nennen sie Verräter“.

Von **Stasia Budzisz**

Die Ausstellung im Danziger Museum – *Unsere Jungs*. Einwohner von Danzig-Pommern in der Armee des Dritten Reiches – zeigt das Schicksal von Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges zwangsweise in die Armee des Dritten Reiches eingezogen wurden.

Wir sprechen mit Bogumiła Cirocka, Journalistin und Herausgeberin des Ausstellungskatalogs, Andrzej Hoja, Ausstellungskurator des Historischen Forschungszentrums der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin und des Danziger Museums, und Janusz Marszalec, Ausstellungskurator und stellvertretender Direktor für Forschung und Entwicklung des Museums des Zweiten Weltkriegs.

Stasia Budzisz: Die Verunglimpfung der Ausstellung geht weiter, von rechts und nicht nur von dort. Die Stimmen der Empörung verstummen nicht im Netz, es gibt täglich Proteste vor dem Danziger Museum, Demonstranten fordern seine Schließung, und die rechten Medien lassen kein gutes Haar nicht nur auf der Ausstellung, sondern auch auf ihren Autoren. Es handelt sich um eine partizipatorische Ausstellung, das heißt, sie hätte ohne private Spender nicht entstehen können. Wie reagieren sie auf das, was um sie herum geschieht?

Janusz Marszalec: Schon nach dem ersten Tag, am Montag, wurde deutlich, dass die Menschen über die politische Hetze wütend waren. Sie fühlten sich betroffen, weil jemand ihre Väter und Großväter als

Verräter, Kollaborateure oder Faschisten bezeichnete. Und interessanterweise waren in Pommern sogar diejenigen, die ihre Wähler sind, sauer auf die rechten Politiker.

Dennoch mache ich mir Sorgen um unsere Spender, weil wir sie in eine schwierige Situation gebracht haben. Ich fühle mich für sie verantwortlich und es tut mir leid, dass sie das erleben müssen. Es könnte sein, dass einer von ihnen das Gefühl hat, dass die Dinge zu weit gegangen sind und sich zurückzieht. [...]

Herr Janusz, Sie haben auf Ihrer Facebook-Seite geschrieben, dass diese Ausstellung ein Test der Erinnerung und ein Gegenmittel gegen Ängste ist. Welche Ängste?

JM: Bei der zweijährigen Arbeit daran ging es vor allem darum, Menschen zu begegnen. Um überhaupt anfangen zu können, darüber zu sprechen, mussten wir uns erst einmal öffnen. Es hat sich herausgestellt, dass nicht alle von uns dazu bereit sind. Und das liegt vor allem an der Angst und den Befürchtungen, unsere Geschichte zu erzählen, sie der Welt zu zeigen. Bis jetzt haben wir uns zurückgezogen, wir haben das Thema in unseren eigenen vier Wänden angesprochen, aber nie außerhalb. Die Tatsache, dass all diese Menschen mit ihren Geschichten zu uns gekommen sind, ist etwas unglaublich Wichtiges. Aber auch das, was nach der Eröffnung der Ausstellung geschah, ist wichtig. Der Angriff hat dazu geführt, dass es immer mehr solcher Geschichten gibt und die Ausstellung beginnt, über die Museumsmauern hinaus zu leben.

Man könnte sagen, dass die Bösartigkeit der Rechten die Menschen dazu gebracht hat, den Kopf nicht mehr in den Sand zu stecken und endlich zu sagen: „Es reicht! Wir haben auch unsere Geschichte“?

Vielleicht ist es noch zu früh, um solche Schlüsse zu ziehen, aber die Aufregung um die Ausstellung hat in uns etwas in Bewegung gebracht. Ich habe den Eindruck, dass wir eine Art Überwindung der Angst erleben. Das kann man zum Beispiel auf Facebook sehen, wo viele Menschen beginnen, ihre Familiengeschichten zu erzählen, zuzugeben, dass sie auch betroffen sind.

[...]

Wer besucht die Ausstellung?

Diejenigen, die sie unterstützen, und diejenigen, die sie abschaffen wollen. Es hat einen großen Ansturm gegeben. [...]

BC: Ich habe noch nie so starke Emotionen bei einer Ausstellung erlebt, die ich besucht habe. Sie scheint einen besonders sensiblen Punkt zu berühren. [...]

Probleme mit der Erinnerung

Ich möchte auf die Frage der Spender zurückkommen. Als Enkelin eines Großvaters, der in der Kriegsmarine war, weiß ich, dass es Mut erfordert, sich öffentlich zu solchen Vorfahren zu bekennen. Angst, Scham und Beklemmung sitzen seit dem Krieg in Pommern. Dennoch schien es, dass nach 2005, als Jacek Kurski den Großvater von Donald Tusk aus der Wehrmacht herausfand, das Thema im Grunde für ganz Polen klar war und hauptsächlich politisch genutzt wurde. Niemand hat uns auf der Straße als Volksdeutsche beschimpft, aber wir hatten trotzdem Schwierigkeiten, laut darüber zu sprechen. Es waren immer noch hauptsächlich Familiengeschichten. Wie haben Sie es geschafft, die Menschen zu erreichen, die das Thema teilen?

AH: Das Interesse war so groß, dass wir mit unseren Kapazitäten am Ende waren. Wir haben gemerkt, dass die Leute endlich nicht mehr schweigen wollen und die Geschichte erzählen wollen. [...]

Allerdings ergibt sich ein Problem in Bezug auf die Erinnerung. Wenn das Erlebnis totgeschwiegen und nicht in der familiären Kommunikation weitergegeben wurde, geht die Erinnerung daran verloren. Es bleiben keine Spuren zurück, und die nächste Generation ahnt nicht einmal mehr, dass so etwas in ihrer Familie geschehen sein könnte. Leider wissen wir nicht, wie groß das Ausmaß ist, aber wir vermuten, dass es beträchtlich ist. Vor allem im Süden von Danziger-Pommern.

[...]

Wir können also heute nicht genau sagen, wie viele Menschen von dieser Erfahrung betroffen sind. Wir kennen das Ausmaß nicht und werden es wahrscheinlich nie erfahren. Wahrscheinlich ist diese Gruppe, bei der die Erinnerung verblasst ist, die größte. Aber man kann nichts mehr dagegen tun.

In meinem Haus wurde nicht über die deutsche Armee gesprochen, aber niemand warf Erinnerungsstücke weg und versteckte sie auch nicht besonders. Ich weiß nicht, ob das Fehlen von Gesprächen auf Angst zurückzuführen war oder darauf, dass es etwas so Offensichtliches war, dass niemand das Thema ansprach. Wie war es in den Häusern der Spender der Ausstellung?

Die Geschichten kamen in der Regel bei Familientreffen oder bei Begegnungen mit Erlebnisbegleitern ans Licht. Das Wichtigste ist, dass nicht alles erzählt wurde. Manche Dinge waren nur für die vertrauenswürdigsten Personen bestimmt, oft für Mitstreiter, die die Erfahrung gemacht haben. Und diese Grenzen wurden nie überschritten.

Es sollte auch nicht vergessen werden, dass diese Geschichten jedes Mal neu konstruiert wurden. [...]

Jeder wird sehen, was er will

Es besteht kein Zweifel, dass wir durch den Zweiten Weltkrieg und die Geschehnisse danach traumatisiert sind. Die Einberufung zur Wehrmacht kann für Pommern (aber nicht nur für uns) als gemeinschaftlich gelesen werden, weil sie eine große Anzahl von Menschen betrifft. Es ist etwas, das uns zweifellos verbindet, denn es ist unsere Geschichte. Kann diese Ausstellung, die unsere gemeinsame Sache ist, uns stärken, uns vereinen? Schließlich spielen wir in dieser Frage auf einer Seite, unabhängig von den politischen Gräben, durch die wir tatsächlich geteilt sind.

BC: Was die Kaschuben betrifft, so sind wir meiner Meinung nach genauso gespalten wie die Polen. Genauso. Und ich glaube, ich habe keine Hoffnung mehr, dass sich in dieser Hinsicht etwas ändert. In dieser Ausstellung wird wahrscheinlich jeder das sehen, was er sehen will, das heißt, er wird auch nicht sehen, was er nicht sehen will.

AH: Das Ausmaß der Erfahrung war so groß, dass sie zweifellos ein verbindendes Element ist. Das Problem ist, dass uns das Bewusstsein fehlt. Ich denke, dass es keine Chance auf eine Einigung gibt, solange dieses Thema nicht offen diskutiert und auf unterschiedliche Weise erklärt wird. [...]

Im Schulunterricht wird nicht erzählt, was in Pommern, Schlesien, Ermland oder Masuren passiert ist, es wird nicht erwähnt, dass diese Regionen eine andere Geschichte haben als der Rest Polens. Die Erinnerung an ihre deutsche Vergangenheit wird praktisch ausgelöscht, weil sie uns nicht in die polnische Geschichte passt. Wir sind nicht in der Lage und nicht willens, sie zu akzeptieren. Genauso wenig wie diejenigen, die aufgrund ihres Wohnortes in den Strudel der historischen Ereignisse gerieten und in der deutschen Armee landeten.

AH: In der formalen Bildung haben wir das Thema: Die Polen an den Fronten des Zweiten Weltkriegs. In jedem Lehrbuch, außer vielleicht zwei, die ich gesehen habe, werden alle Soldaten aus unserer Region, auch polnische Bürger, nicht erwähnt. Und doch sprechen wir von vielleicht sogar fast einer halben Million Menschen, also im Grunde von der gleichen Anzahl von Soldaten wie auf alliierter Seite. Wir verwischen die Hälfte derer, von denen dieses Kapitel erzählt. Diese Ausstellung soll zeigen, dass das Ausmaß der Erfahrung umgekehrt proportional zur Erinnerung an sie ist.

Wen stört eigentlich die scheinbar offensichtliche Tatsache, dass sich die Geschichte Pommerns, Schlesiens, des Ermlands und Masurens von der Geschichte des übrigen heutigen Polens unterscheidet und warum?

[...]

JM: Die Perspektive, die Geschichte aus der Sicht von Krakau und Warschau mit einer Beimischung der Grenzgebiete zu betrachten, ist gültig. Aber es fällt ihnen sehr schwer, sich mit den Regionen, Schlesien oder Pommern auseinanderzusetzen. Das passt nicht mehr in die zentralistische, nationale Erinnerungspolitik. In dieser Vorstellung zählt der Blick zur Seite nicht, und deshalb zählt auch die

Sensibilität der Kaschuben, Kociewiaken, Schlesier oder Großpolen nicht. Sie sind nicht wichtig, weil sie ohnehin zu einer nationalen Gruppe gehören. Das ist die Denkweise.

[...]

Starte mit Edmund Tyborski

Kommen wir vielleicht zu dem, was am umstrittensten ist - der Titel. Warum *Unsere Jungs*? Man wusste doch, dass der Titel die Rechten erzürnen würde.

JM: Der Name reifte in uns lange Zeit heran. Wir hatten viele Ideen, aber am Ende haben wir uns für „unsere Jungs“ entschieden. Ich sehe den Namen auch als eine Art Verpflichtung, nicht nur gegenüber den Helden der Ausstellung, die nicht mehr am Leben sind, sondern vor allem gegenüber den Familien, die den Verlust und das Gefühl der Leere spüren. [...]

Dann kommt mir die Figur von Edmund Tyborski in den Sinn, ein Junge aus Swornegaci, einer der Helden unserer Ausstellung. 1943 desertierte er aus der Wehrmacht, wollte zu den Partisanen gehen, wurde gefangen genommen und zum Tode verurteilt. In seinem Abschiedsbrief an seine Eltern kurz vor der Guillotine schrieb er: „Ich werde euch nicht vergessen und ihr werdet mich auch nicht vergessen“ /Originalschreibweise/.

Es gibt keine bessere Zusammenfassung dieser Ausstellung. Und das wurde von einem Jungen gesagt, den wir unser Eigen nennen können. Es gibt noch mehr Figuren wie diese, Menschen von hier, um die jemand getrauert hat oder noch trauert, die im Familiengedächtnis bleiben. Sollten wir sie nicht anderen vorstellen, damit sie Teil des kollektiven Gedächtnisses werden?

[...]

Und um wen handelt es sich?

Über die Pommern. Über die Einwohner von Danziger-Pommern, genauer gesagt, des im Oktober 1939 gegründeten Kreises Danzig-Westpreußen. Wir haben diesen Namen jedoch fallen gelassen, weil er unseren Besuchern nicht sehr geläufig ist. Wir haben uns dafür entschieden, ein ähnliches Territorium, nämlich Danziger-Pommern [Pomorze Gdańskie], zu verwenden, das einen höheren Wiedererkennungswert hat.

[...]

Es wird gesagt, dass diejenigen, die zur Wehrmacht gegangen sind, Verräter sind, weil unsere Jungs in Piasnica oder in Konzentrationslagern gestorben sind. Es gibt eine Art Erwartung, dass sie sich umbringen lassen sollten, denn das ist wahrer Heroismus. Eine Art romantisches Märtyrertum, das tote Helden verherrlicht.

Das ist voller Absurditäten und Widersprüche, vor allem, wenn wir an die Menschen denken, die aus der ehemaligen Zweiten Republik zur Wehrmacht eingezogen wurden. Und vor allem diejenigen, die mit einer starken patriotischen Betonung die polnischen Gymnasien absolvierten. Für sie war der Eintritt in die deutsche Armee ein Drama. Und die Nationalpatrioten von heute nennen sie Verräter. Dabei glaube ich, dass sie viel gemeinsam hatten, vor allem die Orientierung auf das Vaterland.

Aus dem Mülleimer der Geschichte geholt

Es heißt auch, dass die Ausstellung die Tusk-Regierung zu Fall bringen könnte.

JM: Die Regierung hat sich von diesem Titel distanziert.

[...]

Ob unsere Jungs dabei helfen können?

Ich hoffe weiter darauf. Im Moment sind wir an verschiedenen Polen, aber es gibt ein Angebot von unserer Seite: Sie können darüber nachdenken, ob unsere Helden nicht auch Ihre Helden sein könnten, oder

zumindest - fangen Sie damit an - glauben, dass sie keine Volksdeutsche waren. Fangen Sie mit Edmund Tiborski an.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/nie-byli-folksdojczami-o-wystawie-nasi-chlopcy-mowia-jej-autorzy>

„Nationalistischer Eifer der Rechten“. Historiker schreiben Brief zur Verteidigung der Ausstellung „Unsere Jungs“



Quelle: polityka.pl

Woher stammt die These, dass Menschen, die unter Androhung des Todes in einem Konzentrationslager und der Unterdrückung ihrer Familien in die deutsche Armee eingezogen wurden, ihren Zwangsdienst gerne leisteten?

Mit Erstaunen, ja Bestürzung nehmen wir die Reaktion der polnischen Rechten auf die Ausstellung „Unsere Jungs. Einwohner Danzigs und Pommerns in der Armee des Dritten Reiches“.

Anhand von Dokumenten und Fotografien zeigt die Ausstellung das Schicksal der Polen aus der Kaschubei, aus Kociewie und Pommern, die zwischen 1939 und 1945 in die deutsche Wehrmacht zwangsverpflichtet wurden. Man schätzt, dass es 200.000 solcher Menschen waren, die aus den polnisch-deutschen Grenzgebieten, aus den dem Dritten Reich einverleibten Gebieten, kamen, und es könnten sogar doppelt so viele gewesen sein. Einige von ihnen starben, einige kamen in die sowjetischen Gulags und nach Sibirien, einige gerieten in alliierte Gefangenschaft. Einige jedoch desertierten, riskierten, dass ihre Familien in ein Lager geschickt wurden, und schlossen sich Einheiten der polnischen Streitkräfte im Westen an.

Das rechte Narrativ blendet völlig aus, dass ein Drittel der Soldaten der Polnischen Streitkräfte im Westen ehemalige Wehrmachtsoldaten war, deren Kriegsschicksal dramatisch war: Die polnische Exilregierung betrachtete es als Kriegsverbrechen, polnische Staatsbürger zum Dienst in der gegnerischen Armee zu zwingen. Diejenigen, die überlebten und zu ihren Familien zurückkehrten, lebten mit einem belasteten Lebenslauf in der Volksrepublik Polen.

Unsere Jungs

Wie wir beobachten können, rief die Eröffnung der Ausstellung heftigen Widerstand von rechten Politikern und Teilen der Gesellschaft hervor. Der polnische Staatspräsident Andrzej Duda, der Vorsitzende der PiS Jarosław Kaczyński und sogar der Vorsitzende der Polnischen Volkspartei (PSL), einer Partei der Regierungskoalition, Władysław Kosiniak-Kamysz, äußerten ihren Protest dagegen. Sie alle interpretierten den Titel der Ausstellung als einen Versuch, das polnische Nationalgedächtnis zu verfälschen und als „Provokation“. Der Kommentar des Regierungssprechers Adam Szapka, der die Vorbehalte gegen den Titel teilt, ist überraschend. Nach Ansicht der Ausstellungsgegner suggeriert der Titel, dass Polen, die während des Krieges die Uniform der Wehrmacht oder der Kriegsmarine trugen, dies aus freien Stücken taten und damit zwangsläufig zu Komplizen des Feindes wurden.

Wir halten diese Annahme für zumindest voreilig, um nicht zu sagen, für skandalös ungerecht, auch gegenüber Millionen von Polen, Nachkommen von Soldaten der deutschen Streitkräfte. Dies umso mehr, als sie zumeist aus dem Munde von Personen kommt, die die Ausstellung nicht einmal gesehen haben. Woher kommt die These, dass Menschen, die unter Androhung des Todes in einem Konzentrationslager und der Unterdrückung ihrer Familien in die deutsche Armee eingezogen wurden, ihren Zwangsdienst freiwillig leisteten? Wofür werden sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen? Sind sie, in eine deutsche Uniform gekleidet, automatisch nicht mehr Angehörige ihrer Familien, unsere Jungen?

Nein. Sie waren - wie andere Polen auch - Leidtragende und Sterbende der Handlungen der Nazis, die gegen ihren Willen und ohne wirkliches Wahlrecht in die Rädchen der großen Geschichte hineingezogen und von ihnen mitgerissen wurden. Wir lesen den Titel der Ausstellung als ein Postulat, die Erinnerung an die Grenzgebiete in die landesweite Geschichte Polens zu integrieren und die regional unterschiedlichen Erfahrungen seiner Bürger einzubeziehen. In der Tat entdämonisiert die Ausstellung den „Großvater aus der Wehrmacht“ und zeigt menschliche Schicksale ohne politisches Stigma, in einem glaubwürdig dargestellten historischen Kontext der differenzierten Politik des Dritten Reiches gegenüber der Bevölkerung der besetzten Gebiete.

Solange dieser Teil der Erfahrung aus der nationalen Erzählung über die Vergangenheit ausgeklammert wird, ist es leicht, ihn zu manipulieren und für politische Ad-hoc-Zwecke zu nutzen und die Spaltung unserer Gesellschaft zu vertiefen. Aus diesem Grund ist diese Ausstellung so wichtig. Wir danken den Kuratoren und der Direktion dafür, dass sie dieses schwierige Thema mutig aufgegriffen und verantwortungsvoll dargestellt haben.

Nationalistischer Eifer der Rechten

Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass die gegen die Organisatoren der Ausstellung erhobenen Anschuldigungen Teil einer absurden antideutschen Kampagne rechter Kreise sind - einer Kampagne, deren eigentliches Ziel die Demontage der polnischen Präsenz in der Europäischen Union zu sein scheint. Der nationalistische Eifer der Rechten richtet sich nun Schritt für Schritt gegen alles Fremde, gegen alle Einwanderer, die sich in unserem Land aufhalten, einschließlich der Ukrainer und ukrainischen Frauen, die in unserem Land Zuflucht vor der russischen Aggression gefunden haben.

Im Namen der Achtung der historischen Wahrheit und des Familiengedächtnisses von Millionen von Polen, Nachkommen von u. a. Pommern, Kaschuben und Schlesiern, die gegen ihren Willen zum Dienst in den Reihen der Besatzungstruppen eingezogen wurden, fordern wir die sofortige Einstellung der Kampagne gegen das zuverlässige Zeugnis über das Schicksal dieser Gruppe unserer Jungen.

Marek Wilczyński, Prof. dr. hab., Universität Warschau

Miłoslawa Borzyszkowska-Szewczyk, PhD, Professorin an der Universität von Gdańsk, Kaschubisches Institut

Marta Koval, PhD, Professorin an der Universität Danzig, Vorsitzende der Pommerschen Abteilung der Union der Ukrainer in Polen

Cezary Obracht-Prondzyński, Professor, Universität Gdańsk, Kaschubisches Institut

Anna Wolff Powęska, Historikerin, Prof. Dr. hab., Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań, emeritiert

Nedim Useinov, Weltkongress der Krimtataren in Polen

Krzysztof Czyżewski, Präsident der Borderland Foundation

Basil Kerski, Europäisches Solidaritätszentrum

Jacek Leociak, Professor, Institut für literarische Forschung, Polnische Akademie der Wissenschaften

Dariusz Stola, Professor, Institut für politische Studien, Polnische Akademie der Wissenschaften

Paweł Machcewicz, Professor, Institut für politische Studien, Polnische Akademie der Wissenschaften
Jacek Purchla, Prof. Dr., aktives Mitglied der Polnischen Akademie der Künste und Wissenschaften
Piotr Maciej Majewski, PhD, Professor an der Universität Warschau
Jerzy Kochanowski, Prof. dr hab., Universität Warschau, Fakultät für Kunst- und Kulturwissenschaften
Maciej Górny, Prof. Dr., Tadeusz Manteuffel Institut für Geschichte, Polnische Akademie der Wissenschaften
Leszek Żyliński, Prof. Dr. hab., Nicolaus-Copernicus-Universität in Toruń, emeritiert
Anna Czekanowicz, Dichterin
Grzegorz Gauden, Historiker
Magda Krzyżanowska-Mierzevska, Rechtsberaterin, Gdańsk
Monika Rzeczycka, PhD, Professorin an der Universität von Gdansk
Marcin Zaremba, Prof. Dr., Universität Warschau
Marcin Kula, Prof. dr. hab., Universität Warschau, emeritiert
Jerzy Kałużny, Prof. Dr., Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań
Jacek Kołtan, PhD, Europäisches Solidaritätszentrum
Anna Sobecka, PhD Professorin an der Universität Gdansk
Arkadiusz Modrzejewski, PhD, Professor an der Universität Gdansk
Michał Harciarek, Prof. Dr., Universität Gdańsk
Dobrochna Kałwa, PhD, Universität Warschau
Igor Chabrowski, PhD, Universität Warschau
Piotr Osęka, PhD, Institut für politische Studien, Polnische Akademie der Wissenschaften
Barbara Klich-Kluczevska, PhD, Professorin an der Jagiellonen-Universität
Łukasz Krzyżanowski, PhD, Universität Warschau
Piotr Mickiewicz, Prof. Dr., Universität Gdansk
Paweł Piszczatowski, PhD, Professor an der Universität Warschau
Magdalena Piekara, PhD, Professorin an der Universität von Schlesien
Wojciech Śmieja, PhD, Professor an der Universität von Schlesien
Zbigniew Kadłubek, PhD, Professor an der Universität von Schlesien
Maciej Tramer, PhD, Professor an der Universität von Schlesien
Katarzyna Sierakowska, PhD, Professorin am Tadeusz Manteuffel Institut für Geschichte, Polnische Akademie der Wissenschaften
Agata Grenda, Danziger Shakespeare-Theater
Justyna Limon, Stiftung Theatrum Gedanense
Henryk Szlajfer, Prof. dr. hab., Universität Warschau, emeritiert
Józef Borzyszkowski, Prof. dr. hab., Universität Gdansk, emeritiert, Kaschubisches Institut
Krzysztof Ruchniewicz, Prof. Dr., Institut für Geschichte, Universität Wrocław, Pilecki-Institut
Ewa Graczyk, Prof. dr. hab., Universität Gdansk, emeritiert
Małgorzata Ruchniewicz, PhD, Professorin an der Universität von Wrocław
Anna Mazurkiewicz, PhD, Professorin an der Universität Gdansk, Kaschubisches Institut
Jolanta Itrich-Drabarek, Prof. Dr., Universität Warschau
Dariusz Filar, PhD, Professor an der Universität von Gdansk
Przemysław Wiszewski, Prof. Dr., Universität von Wrocław
Anna Lazar, Museum für zeitgenössische Kunst Schloss Ujazdowski, Warschau
Paweł Zbierski, Journalist
Dr. Jan Olszek, Institut für politische Studien, Polnische Akademie der Wissenschaften

Zsfg.: JP

<https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/historia/2308235,1,nacjonalistyczny-ferwor-prawicy-historicy-pisza-list-w-obronie-wystawy-nasi-chlopcy.read>

Lasst uns nicht rassistisch sein, lasst uns Zeugnis ablegen von Ehrlichkeit und Menschlichkeit



Quelle: wyborcza.pl

Von **Roman Imielski**

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus überschwemmen unsere Straßen, physische Angriffe auf angebliche illegale Flüchtlinge und Politiker, die gegen „Ausländer“ hetzen. Wir müssen „Genug!“ sagen. Wir freuen uns auf Ihre Briefe und Ihre Geschichten

Seit Jahren leben, arbeiten und studieren Menschen aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlicher Hautfarbe in unseren Städten, Gemeinden und Dörfern. Sie gründen lokale Gemeinschaften, gründen hier Familien und schließen Freundschaften. Sie sind ein Teil unseres Polens.

Leider haben sie besonders in den letzten Wochen Beschimpfungen, Beleidigungen und hasserfüllte Kommentare zu hören bekommen. Der Trend ist eindeutig und sehr gefährlich. Nationalisten, Populisten und Rassisten werden in den Umfragen immer stärker und befeuern die flüchtlings- und einwanderungsfeindliche Kampagne.

Präsident Andrzej Duda begnadigt Robert Bąkiewicz, der wegen eines tätlichen Angriffs auf eine Demonstrantin verurteilt wurde, von der gemeinnützigen Arbeit.

Der designierte Präsident Karol Nawrocki spricht in Superlativen über denselben Bąkiewicz und dankt ihm für die Organisation selbsternannter Milizen von angeblichen „Grenzverteidigern“.

PiS-Politiker unterstützen Bąkiewicz öffentlich und laden ihn in den Sejm ein, während die Konfederacja gegen Ausländer hetzt und in Dutzenden von Städten in Polen einwanderungsfeindliche Aufmärsche organisiert.

All das hat seine Folgen. Hin und wieder hört man von Übergriffen auf jemanden, der eine dunklere Hautfarbe hat oder mit einem Akzent spricht. In Wałbrzych wurde ein unschuldiger Mann aus Paraguay, der sich legal in unserem Land aufhält, zusammengeschlagen, weil jemand - unwahrheitsgemäß - das Gerücht verbreitete, er würde Kinder auf einem Spielplatz fotografieren.

Und im selben Wałbrzych, im Bezirk Szczawienko, wurde ein Wohnheim für Ausländer, die in der örtlichen Wirtschaftszone arbeiten, angezündet. Legal arbeitend, was eine Bande von Eseln nicht davon abhielt, zu skandieren: „Ganz Polen singt mit uns, ihr verp.... Euch mit den Flüchtlingen.“

Wir müssen dem einen Riegel verschieben. Wir müssen sagen: „Es reicht!“ Wenn wir das nicht tun, wird die Gewalt auf unsere Straßen übergreifen und Ereignisse wie in Wałbrzych werden an der Tagesordnung sein.

Wir müssen sagen „Genug!“, bevor selbsternannte Anti-Immigranten-Milizen auf die Straße gehen und jeden legitimieren, den sie für anders, illegal oder verdächtig halten. Und wenn nötig, werden sie im Namen des Slogans „Polen für Polen“ in die Fresse hauen. Dies wird von einigen Abgeordneten mit Gelächter und Zustimmung quittiert werden, die dann ihre Umfragewerte steigern.

Nein, das ist nicht mein Polen. Und - das glaube ich aufrichtig - das ist nicht Ihr Polen. Ich möchte, dass mein Land ein tolerantes und offenes Land ist, in dem niemand Angst hat, auf die Straße zu gehen oder hierher zur Arbeit zu kommen.

Denn Polen braucht eine vernünftige Migration. Ohne sie wird unsere Wirtschaft in große Schwierigkeiten geraten. Wirtschaftsverbände flehen die Regierung an, so viele Ukrainer wie möglich zu behalten. Die Zahlen des Zentralen Statistikamtes zeigen deutlich, dass sie viel mehr zum polnischen Haushalt beitragen, als wir für ihre soziale Unterstützung ausgeben.

Hunderttausende von Arbeitnehmern aus Asien, Südamerika und sogar Afrika sind legal in Polen ansässig. Sie fahren Uber, arbeiten in der Gastronomie, in Fabriken, in der Reinigung und gründen ihre eigenen Unternehmen. Viele sind schon seit Jahren hier und haben beachtliche Erfolge erzielt. Viele haben bereits die polnische Staatsbürgerschaft.

Der Bürgermeister von Rybnik, Piotr Kuczera, hat auf seiner Facebook-Seite einen Aufruf gepostet, den er von einer Einwohnerin dieser schlesischen Stadt erhalten hat. Jeder sollte ihn sorgfältig lesen:

Sehr geehrter Herr Präsident,

Ich wende mich an Sie als besorgte Einwohnerin von Rybnik, Mutter von zwei Kindern, Ehefrau eines schwarzen Ausländers und polnische Staatsbürgerin. Wir sind eine gemischte Familie, die seit Jahren ehrlich in dieser Stadt lebt und mit ihr verbunden ist. Rybnik war für uns immer ein Ort, an dem wir uns sicher fühlten. Wir haben oft gesagt, dass es gut ist, dass wir hier leben - weit weg von der Atmosphäre der Angst, die in Großstädten immer häufiger anzutreffen ist. Leider hat dieses Gefühl der Sicherheit in den letzten Tagen zu bröckeln begonnen. Vor einer Woche sagte mein Mann noch erleichtert, dass es gut sei, dass wir in Rybnik sind - denn angesichts der aktuellen Ereignisse könnte es anderswo viel schlimmer sein. Heute bin ich mir da nicht mehr so sicher. Ich erfuhr von dem in Rybnik geplanten Protest gegen Migranten durch einen Freund, der mir einen Link zu einem Beitrag mit dem Kommentar schickte: „Ich hätte nicht gedacht, dass ich dir eine solche Warnung schicken werde“.

Ich bin keine Befürworterin der illegalen Migration. Ich glaube, dass jede Migrationspolitik verantwortungsvoll und vernünftig sein muss. Aber ich beobachte mit wachsender Sorge, wie dieses Thema genutzt wird, um eine Atmosphäre der Feindseligkeit zu schaffen, die auf Familien wie meine Zurückschlagen kann.

Ich bin besorgt über die zunehmende Rhetorik von „Fremder = Bedrohung“. Ich habe Angst um meine Familie. Ich habe Angst davor, wie meine Kinder in der Schule behandelt werden. Ich habe Angst, ob mein Mann sicher von der Arbeit nach Hause kommen kann.

Deshalb bitte ich Sie – als Bürgermeister unserer Stadt – um eine entschlossene Reaktion. Bestätigen Sie, dass Rybnik kein Ort für Hass, Intoleranz und Rassismus ist und auch in Zukunft nicht sein wird. Dass sich in unserer Stadt jeder ehrliche Mensch, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder Akzent, sicher und zu Hause fühlen kann.

Kuczera betonte, dass er mit dieser Aussage voll und ganz einverstanden ist. Ich bin es auch. Und ich glaube, dass Sie das auch tun.

Lassen Sie uns daher gemeinsam über die guten Seiten der Migration sprechen. Lassen Sie uns auch über Situationen sprechen, in denen Polen für jemanden zur Heimat wurde, weil er in seinem eigenen Land in Gefahr war oder hungerte. Lassen wir es nicht zu, dass Rassisten und Fremdenfeinde das Thema übernehmen und Migranten und Flüchtlinge nur durch das Prisma zufälliger Verbrechen und Misshandlungen oder als „Parasitenträger“ darstellen.

Lassen Sie uns einfach menschlich sein, denn wir Polen wissen sehr gut, was Migration ist. Jeder von uns hat jemanden in seiner Familie oder in seinem Freundeskreis, der in den letzten drei Jahrzehnten auf der Suche nach einem besseren Leben in ein anderes Land gegangen ist. Und dort sind sie oft auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gestoßen.

Zeigen wir, dass Polen ein offenes Land ist, voller Empathie und Freundlichkeit.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,32114497,nie-dajmy-sie-rasizmowi-dajmy-swiadectwo-uczciwosci-i-czlowieczentwa.html#s=S.opinion-K.P-B.1-L.1.zw>

Integration von Migranten ist zunehmend notwendig



Quelle: kulturaliberalna.pl

Die flüchtlingsfeindliche Stimmung in Polen wurde früher nur mit einem politischen Lager in Verbindung gebracht. Jetzt, da sich auch der andere Teil der politischen Szene der einwanderungsfeindlichen Botschaft anschließt, ist die feindselige Atmosphäre noch deutlicher zu spüren. Das Ergebnis? Es wird immer schwieriger, Menschen zu finden, die bereit sind, mit Flüchtlingen zu arbeiten. Gleichzeitig wird die Integration von Migranten zu einer immer wichtigeren Aufgabe.

Wir trafen Marek Durski zum ersten Mal in Czeremcha in Podlasie. Es ist eine kleine Siedlung, die nur wenige Kilometer von der polnisch-weißrussischen Grenze entfernt liegt. Es ist der Geburtsort eines ausgezeichneten Volksfestes, das früher unter dem Namen „Aus dem Hinterhof des Dorfes“ bekannt war und heute „Festival der vielen Kulturen und Nationen“ heißt. Die Idee zu dieser Veranstaltung entstand vor mehreren Jahrzehnten - demnach sollte die Musik Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt zusammenbringen. Die Initiatoren des Festivals waren die Künstler und Leiter der Folkband „Czeremszyzna“ aus Czeremcha: Barbara Kuzub-Samosiuk und Mirosław Samosiuk.

Von Czeremcha nach Poznań

Heute ist Czeremcha zu einem Ort geworden, an dem Flüchtlinge und Migranten vorbeikommen. Einigen von ihnen ist es gelungen, die Grenze zu überqueren und internationalen Schutz in Polen zu beantragen, solange dies noch möglich war. Andere kommen aus dem offenen Flüchtlingszentrum in Biała Podlaska nach Czeremcha. Dort warten sie darauf, dass ihre Anträge auf Asyl und Schutz bearbeitet werden. Sie besuchen Czeremcha für Konzerte, Workshops und künstlerische Open-Air-Veranstaltungen.

Unser abendliches Treffen in Czeremcha war kurz. Marek, der sich als Freiwilliger bei der Podlasie Voluntary Humanitarian Aid engagiert, erhielt einen Anruf, dass er in den Wald gehen sollte. Um jemanden zu suchen, der Hilfe brauchte. Oder vielleicht jemanden, dem nicht mehr geholfen werden konnte....

In Poznań, wo er lebt, trafen wir uns an einem Ort, den ich bereits kannte, nämlich dem „Vogel Radio“. Von dem Treffen in Czeremcha wusste ich, dass Marek durch seine Aktivitäten in Poznań (und nicht nur dort) Bedingungen für die Integration von Flüchtlingen und Migranten in die polnische Gesellschaft schafft. Ich konnte jedoch nicht umhin, nach den Ursprüngen seines Interesses an Flüchtlingsproblemen zu fragen, und das schon seit mehreren Jahren. Es begann, als die Medien über die Dramen von Menschen berichteten, die Europa auf dem Seeweg über das Mittelmeer erreichen wollten. Ihre erste Station auf dem Alten Kontinent waren die griechischen Inseln.

Der Krieg in Syrien.

„Das Thema Migration liegt mir seit 2016 am Herzen, während ich ab 2017 aktiv wurde, als ich anfang, nach Griechenland zu reisen. Davor hatte ich in den Medien Bilder von syrischen Familien gesehen, die in Europa ankamen“, erklärt Marek.

[...]

Als ich ihn nach seinen Wertvorstellungen frage, wird er still und antwortet nach einem Moment: „Ich stamme aus einer gewöhnlichen Posener Familie, die, was ihre Grundsätze angeht, stark mit den christlichen Wurzeln verbunden ist. Auch wenn ich heute kein übermäßiger Bewunderer der Institution Kirche bin, will ich nicht leugnen, dass mich die Werte der christlichen Kultur beeinflusst haben. Meine ganze Familie hat nach diesen Werten gelebt und lebt sie auch heute noch. Ich wäre unehrlich, wenn ich den Einfluss dieser Werte auf meine Einstellung übersehen würde.“

Humanitäre Mission auf Lesbos.

Im Jahr 2017 reiste er zum ersten Mal nach Lesbos. Wie er anmerkt, war dies eine Zeit, in der in Polen das Thema Migranten und Flüchtlinge von Politikern genutzt wurde, um im ideologischen Kampf zu punkten.

„Das ärgerte mich, und da ich mich oft gegen die von einem Teil der politischen Klasse vertretene Haltung auflehne, beschloss ich, mit meiner ganzen Familie nach Lesbos zu fahren. Ich wollte zeigen, dass Migranten keine Bedrohung darstellen, dass es sicher ist, mit ihnen in Kontakt zu kommen. Dass niemand meiner Frau etwas antun wird, dass niemand meine Kinder bedrohen wird, dass wir uns nicht anstecken werden und dass wir keine Plage nach Polen bringen werden.“

[...]

„Wir haben keine Kontrolle darüber, wo wir geboren wurden“

Die Läufe „Kilometer für Camp Moria“ waren wiederum eine Initiative, die in Poznań durchgeführt wurde. In unserem Gespräch erinnert sich Marek an den Beginn dieser Aktivitäten: „Ich wollte, dass die Hilfe, die aus Poznań kommt, nicht so anonym ist. Deshalb lief jeder Läufer mit einem Armband, auf dem der Name einer Person aus dem Lager Moria stand. Wir wollten den Läufern auf diese Weise bestimmte Menschen aus dem Lager näherbringen. Die Idee war, dass die Migranten nicht als anonyme Masse gesehen werden sollten“. Marek räumt ein, dass dies eine Aktion aus dem Stegreif war, weil sie in einer Atmosphäre wachsender Ressentiments gegenüber Flüchtlingen und Migranten in Polen stattfand.

Die Reisen nach Griechenland und Lesbos waren für Mark und seine Familie eine Phase im Leben. Sie gaben Mark eine – wahrscheinlich teilweise – Antwort auf die Frage, warum er das tut. Er hatte auf Lesbos so viel gesehen, dass er verstand, dass er der Notlage der Flüchtlinge und Migranten nicht gleichgültig gegenüberstehen konnte. Gleichzeitig spricht er in unserem Gespräch nur selten über die Tragödie. Vielmehr erzählt er eine Geschichte von Ungerechtigkeit, von einem anderen Schicksal. Und er definiert diese Ungerechtigkeit in wenigen Worten: „Unser Leben hängt von dem Ort ab, in dem wir geboren wurden, und niemand von uns hat sich das ausgesucht. Und wenn mir in einem Gespräch darüber, warum wir Migranten gegenüber positiver eingestellt sein sollten, die Argumente ausgehen, sage ich, dass wir uns an diese elementare Ungerechtigkeit erinnern sollten: Wir haben keinen Einfluss darauf, wo wir geboren wurden, in welchem Umfeld wir leben werden, welche Lebensperspektiven wir haben werden.“

Raum für gute Integration

Die Erfahrungen, die er bei der Betreuung von Flüchtlingen auf der griechischen Insel Lesbos und später in Litauen und an der polnisch-weißrussischen Grenze gesammelt hat, machten Marek klar, dass sowohl Flüchtlinge als auch Migranten vielfältige Unterstützung brauchen, um sich in ihrem neuen sozialen Umfeld zurechtzufinden. Ohne sie sind ihre Chancen, sich in eine Gesellschaft mit einer anderen kulturellen und zivilisatorischen Tradition zu integrieren, gering. Deshalb gründete er zusammen mit seinen Freunden vom Verein „Bessere Welt“ eine Bürgerinitiative, die er „Raum für gute Integration“ nannte.

Marek hebt deutlich hervor: „Die Idee für das Projekt ist aus unserer langjährigen Erfahrung im Umgang mit Migranten und Flüchtlingen entstanden. Sie stand auch im Zusammenhang mit der Situation in Polen und den Bedürfnissen, die sich unserer Meinung nach aus der aktuellen Migrationssituation in unserem Land ergeben.“ Diese Bedürfnisse sind zum einen die Notwendigkeit, mit Flüchtlingen und Migranten so zu arbeiten, dass ihre Integration in unsere Gesellschaft erleichtert wird.

Andererseits muss der polnischen Gesellschaft bewusst gemacht werden, dass Migration ein ständiges Merkmal der modernen Zeit sein wird. Auch der polnischen. Deshalb ist die Gestaltung der Beziehungen zu Migranten und Flüchtlingen jetzt und in Zukunft unsere Pflicht. „Wenn wir die Ghettoisierung der Migranten, die negativen Erscheinungen in ihrem geschlossenen Umfeld, vermeiden wollen, dann sind Integrationsbemühungen enorm wichtig“, erklärt Durski.

Die Herausforderungen der Migration.

„Der Raum für gute Integration“ ist eine Antwort auf die Herausforderungen der Migration, mit denen Polen derzeit konfrontiert ist. „Natürlich findet unsere Aktion auf einer Mikroebene statt. Die Bedürfnisse sind viel,

viel größer als das, was wir tun.“ „Der ‚Raum für gute Integration‘ ist eine typische Bürgeraktion, die ein Modell für andere Initiativen dieser Art sein kann.

[...]

Sie erhalten Unterkunft, Verpflegung, Verwaltungsdienste, psychologische Unterstützung und oft auch Rehabilitationshilfe. „Und natürlich versuchen wir, ihnen die polnische Sprache beizubringen. Wir glauben, dass das Erlernen der Sprache entscheidend ist. Wenn wir sie in das Programm aufnehmen, lassen wir sie wissen, dass wir von ihnen erwarten, dass sie vom ersten Tag an engagiert Polnisch lernen“. Laut Durski mangelt es jedoch an staatlicher Unterstützung für den Sprachunterricht. Das Erlernen der polnischen Sprache für Menschen, die in unser Land kommen, sollte systemisch gelöst werden.

„Wir sind sehr verschieden. Das lässt sich nicht verbergen“

Neben dem Erlernen der Sprache ist es wichtig, die Neuankömmlinge mit den polnischen Sitten und Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens vertraut zu machen. Daran hat Marek keine Zweifel. „Wir sind sehr verschieden. Das lässt sich nicht verbergen. Aber wir müssen uns anstrengen und unsere Unterschiede akzeptieren“. Dabei betont er, dass die Frage der Akzeptanz in beide Richtungen funktioniert. Deshalb sprechen die Teilnehmer des Programms darüber, was die Polen stört und was die Neuankömmlinge stört. „Es geht darum, einander klare Signale über die Unterschiede zwischen den Menschen zu geben“, sagt er.

[...]

Integration von Migranten ist der Schlüssel

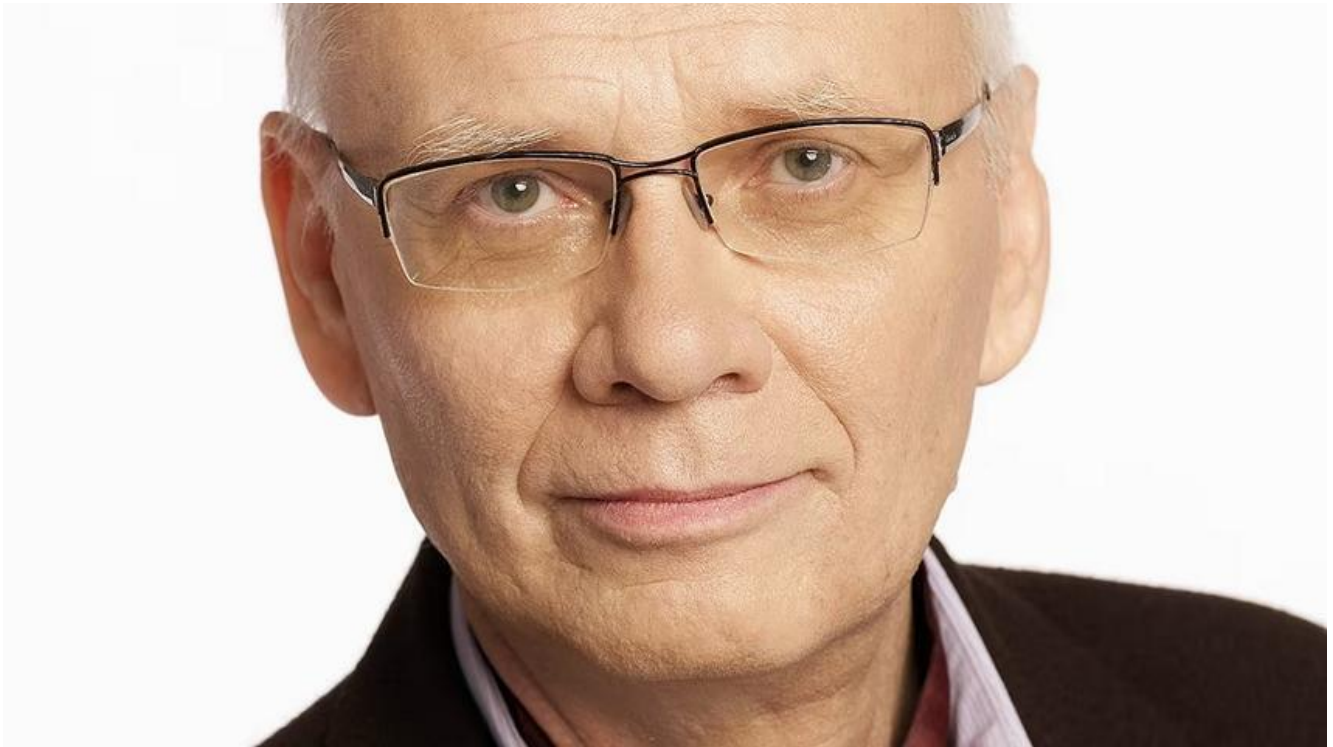
Der Bedarf an Integrationsmaßnahmen wächst nicht zuletzt deshalb, weil die Ressentiments gegenüber Neuankömmlingen aus Ländern Asiens, Afrikas und des Nahen Ostens in letzter Zeit spürbar zugenommen haben. Flüchtlingsfeindliche Stimmungen wurden früher nur mit einem politischen Lager in Verbindung gebracht. Jetzt, da sich auch der andere Teil der politischen Szene der einwanderungsfeindlichen Botschaft anschließt, ist die feindselige Atmosphäre noch deutlicher geworden. Wie mein Gesprächspartner erklärt: „Ich kann das sehr gut nachvollziehen. Es ist jetzt viel schwieriger als noch vor ein paar Jahren, Interesse für Flüchtlings- und Migrantenthemen zu wecken“.

Die Initiative „Raum für gute Integration“ sieht sich daher mit einem mangelnden Interesse an der Mitarbeit von Freiwilligen konfrontiert. Es wird immer schwieriger, Menschen zu finden, die bereit sind, mit Flüchtlingen zu arbeiten. Um ihnen die polnische Sprache, die polnischen Sitten und Gebräuche und ihr Leben in der polnischen Gesellschaft beizubringen. „Früher war es einfacher, die Leute haben spontan mitgemacht, aber jetzt sehe ich, dass sie sich immer weniger auf diese Art von Aktivitäten einlassen“, sagt Marek.

In der Zwischenzeit wird die Integration von Migranten ohne bürgerschaftliche Zusammenarbeit, ohne die Einbeziehung von Freiwilligen, die für den Dialog offen sind, nicht gelingen. Ohne diese wiederum wird es nicht möglich sein, Flüchtlinge und Migranten rechtzeitig zu Bürgern zu machen. Sie sollen ihre Andersartigkeit bewahren, sich aber in die lokale Gesellschaft einfügen.

Zsfg.: JP

Machen Sie sich eine Partei



Quelle: mdr.de

Von **Adam Szostkiewicz**

Präsident Duda verlässt die Bühne in skandalöser Manier, wahrscheinlich in vollem Bewusstsein dessen. Er will sich an den Kritikern seiner beiden Amtszeiten rächen, mit pathetischen Auftritten die Aufmerksamkeit der Medien auf sich ziehen. Dass er im Zeitalter von Trump für einen Schock sorgt, kommt ihm in den Augen der rechten Öffentlichkeit nur zugute: „Man hört das Gejammer - hervorragend“. Für den rechten Flügel ist es „ausgezeichnet“, dass er anerkannt hat, dass der nationalistische, militante Frauenboxer eine teilweise Vergebung seiner Sünden verdient. Dass er bei einem Treffen mit polnischen Diplomaten versicherte, er werde „wieder hierher zurückkommen“ und mit seinem aggressiven Ton und seiner totalen Kritik an der Außenpolitik von Tusk/Sikorski für Bestürzung sorgte. Dass er die Hinrichtung von Verrätern forderte und den Dienstältesten der polnischen Rechtswelt, Prof. Adam Strzembosz, verhöhnte.

Diese Provokationen sollen uns an Duda erinnern, jetzt, da er aus dem Amt scheidet und nachdem er aus [dem Palast in] Krakowskie Przedmieście ausgezogen ist. Duda will die weit verbreitete Meinung widerlegen, dass es keine Anzeichen dafür gibt, dass er in der polnischen oder internationalen Politik eine Zukunft hat. Also macht er diese schrecklichen, albernen Grimassen vor der Kamera, um zu zeigen, dass er ein VIP ist und sein wird. Seit langem kursieren Gerüchte, dass „Vizepräsident“ Mastalerek etwas gegen Kaczyński hat und Duda zu einer neuen Partei drängt, die sie gemeinsam gründen wollen.

Aber gibt es heute in Polen Platz für eine weitere neue Partei? Es gibt fast hundert von ihnen im Register, aber die Polen treten ihnen nicht massenhaft bei. Sie ziehen es vor, sich in Organisationen und sozialen Bewegungen zu engagieren, insbesondere in karitativen Organisationen. Sie vertrauen den Parteien nicht, obwohl sie sie wählen. Und wenn sie ihnen nicht vertrauen und nicht in Scharen zu ihnen strömen, werden sie dann weinen, wenn die Mehrparteiendemokratie wieder abgeschafft wird?

Es gab einmal eine drei Millionen Mann starke „Arbeiterpartei“, gegen die sich die Arbeiter auflehnten. Aber vor dem Krieg und nach 1989 hatte keine Partei eine solche Reichweite. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war die größte politische Kraft in der Zweiten Republik die Volkspartei (ca. 150.000), die regierungsfreundliche OZON-Gruppe ca. 100.000, die unabhängige und antikommunistische PPS - ca. 30.000 und die Arbeiterpartei - ca. 5.000.

Nach Angaben von CSO im Jahr 2023. Die PSL hatte 73.000 Mitglieder, die PiS - 48.000, die PO - 25.000, Nowa Lewica ebenfalls 25.000, die Konfederacja - zwischen 11.000 und 20.000, wobei die Sympathisanten mitgerechnet werden. Im Vergleich zu anderen europäischen Demokratien zeichnet sich Polen durch die geringste Beteiligung der Bürger an politischen Parteien aus.

Auf der rechten Seite sehe ich nicht das Potential, eine neue Kraft zu schaffen. Dieser Platz ist bereits von der extremen Rechten um Mentzen, Braun und Bosak besetzt. Die PiS hat nach dem Erfolg von Nawrocki einen trumpistischen Anstrich bekommen und wird diesen bis zu den Wahlen beibehalten. Mentzen wird Bosak und Braun zurückdrängen, weil ihm bereits von Kriechern angedeutet wird, dass er Premierminister werden könnte. Das ist leider nicht auszuschließen, aber nicht in zwei Jahren. Zumindest bei dem Kräfteverhältnis, das wir derzeit haben. Die nächste Wahl wird wieder ein Kampf zwischen dem Tusk (KO)-Lager und dem Kaczynski-Lager sein.

Sie werden die Mentzen- und Zandbergisten in die Enge treiben. Der Rest der Parteien wird unter die Fünfprozenthürde gehen und ihr politisches Leben beenden. Denn das paradigmatische Parteiensystem passt der Mehrheit der Polen vorerst. Die Volksschicht, die kleineren Unternehmen, die ärmeren Bauern, der katholische Klerus und ein Teil der Intelligenz sind in der PiS vertreten. Die aufstrebende Mittelschicht, die großen und mittelgroßen Städte, die größeren Unternehmen, die gemäßigte Jugend und die Intelligenz, die Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit verabscheut, sind in der PO/KO vertreten. So sieht es heute aus.

Die Nachwehen der Präsidentschaftswahlen haben die politische Szene aufgewühlt, aber eine neue hat es nicht. Mentzen und Zandberg werden alles tun, um Kaczynski und Tusk zu schwächen. Das tun sie übrigens schon seit langem als Opposition im derzeitigen Sejm. Von unterschiedlichen ideologischen Positionen aus, aber mit dem gleichen Ziel: das angebliche PO/PiS-Duopol zu zerstören.

Vielleicht gibt es auf unserer Szene mehr Raum für eine neue Kraft auf der überparteilichen Seite. Witold Gadomski stellt in „Gazeta Wyborcza“ die grobe These auf, dass unsere Mehrparteiendemokratie feudalisiert ist. Die großen Parteien werden von Mechanismen beherrscht, die den Generationswechsel und das Aufkommen neuer, effektiver Führungspersönlichkeiten blockieren.

Obwohl Gadomski die PiS für eine weitaus schädlichere Partei hält als die PO, ist auch er besorgt über den krisenhaften Zustand der demokratischen Koalition – ihre Ideologielosigkeit und feudalen Sitten. Er sieht zwei Möglichkeiten für ihre Wähler: „Der PO beitreten und die Vasallen verjagen“ oder eine neue Partei gründen. Er gibt nicht an, welches Profil und Programm diese haben wird und wie ihre Chancen bei den Wahlen in zwei Jahren stehen.

Zurzeit melden sich aktive junge Menschen bei Razem an oder marschieren mit Nationalisten, Fremdenhassern und Rassisten gegen Polen und nicht nur für Polen. Man kann den Gestank des heutigen polnischen Faschismus riechen, zu dessen Credo die „Fünf“ von Mentzen gehören und der von dem unverblümten Faschisten Braun verkörpert wird. Die faschistischen Aufmärsche waren nicht zahlreich, aber sie wurden in vielen Städten organisiert. An den Protesten gegen den polnischen Faschismus nahmen noch weniger Menschen teil.

In der Mehrheit der Gesellschaft gibt es keine Duldung des Faschismus, aber es gibt auch nicht genug Energie und Entschlossenheit, um dem Faschismus wirksam zu widerstehen. Dies ist in erster Linie die Aufgabe der demokratischen Führer, der Parteien und der Bürger. Eine neue Partei ist dafür nicht erforderlich. Wenn nicht sie, wer dann? Wenn nicht jetzt, wann dann?

Zsfg.: JP

<https://blog.polityka.pl/szostkiewicz/2025/07/20/zrob-sobie-partie/?nocheck=1>



Quelle: [onet.pl](https://www.onet.pl)

“Vielen Dank an den Präsidenten des Sejms für die Einladung, aber ich werde bei der Zeremonie [der Vereidigung von Karol Nawrocki als Präsident] nicht anwesend sein. Warum nicht? Weil ich nicht weiß, wer die Wahl gewonnen hat.”

Leszek Miller - von 2001 bis 2004 Ministerpräsident Polens

Quelle: https://wiadomosci.onet.pl/kraj/zaprzysiezenie-karola-nawrockiego-leszek-miller-odmawia-udzialu/v2wslp0?utm_source=instagram&utm_medium=social&utm_campaign=instagram-post&utm_term=autor_18

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

zeit.de

Polen plant Verlängerung der Grenzkontrollen

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-07/polen-deutschland-grenzkontrollen-verlaengerung-schengenraum>

fr.de

Putin-Angriff auf Polen? Ukraine-Analyst warnt vor Russland-Szenario

<https://www.fr.de/politik/putin-angriff-auf-polen-ukraine-analyst-warnt-vor-russland-szenario-zr-93846989.html>

merkur.de

Ärger um deutsch-polnische Grenzkontrollen: Plötzlich muss Dobrindt „böartige“ Gerüchte zurückweisen

<https://www.merkur.de/politik/kontrollen-an-deutsch-polnischer-grenze-aerger-an-europas-rand-93845639.html>

rbb24.de

Protest gegen Grenzkontrollen an der polnischen Grenze

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/av7/video-brandenburg-frankfurt-oder-grenzkontrollen-polen-demonstration.html>

taz.de

Demos gegen Migration in Polen - Das Volk ist im Urlaub

<https://taz.de/Demos-gegen-Migration-in-Polen/!6098713/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus